



## Vorschläge zur Strategie „EU-2020“

Mit der Veröffentlichung ihrer Vorschläge für die neue Strategie bis zum Jahr 2020 hat die EU-Kommission die Diskussion über die zukünftige Entwicklung Europas begonnen. Als Oberbürgermeisterin der saarländischen Landeshauptstadt Saarbrücken begrüße ich die breite öffentliche Konsultation.

Ich unterstütze die angestrebte Neuausrichtung der Entwicklungsziele an einem ökologischeren und sozial integrativen Wachstum, wobei ein neuer nachhaltiger Ansatz bei der Verbindung von Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik erforderlich ist. Vor dem Hintergrund der Vermittlung der Bedeutung Europas vor Ort würde ich mir wünschen, dass die Ziele der Strategie so formuliert werden, dass sie den Menschen in ihrem jeweiligen Lebensumfeld klar vermittelt werden können.

In der Mitteilung „Die Kohäsionspolitik und die Städte: Der Beitrag der Städte zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen“ hat die EU-Kommission 2006 die besondere Rolle der Städte in Europa betont und mit dem mainstreaming des „acquis urban“ einen wichtigen Schritt für gemeinsame städtepolitische Maßnahmen getroffen.

Die Mitgliedsstaaten haben sich mit der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt im Jahr 2007 zu diesen Prinzipien bekannt. Diesen Prozess gilt es fortzusetzen und durch eine stärkere Berücksichtigung von Stadt-Umland-Beziehungen zu verbreitern.

In ihrer Mitteilung hat die Kommission festgehalten, dass den Städten eine besondere Bedeutung bei der Entwicklung eines sozialen und wettbewerbsfähigen Europa zukommt: *„Sie haben das größte Angebot an Arbeitsplätzen, Unternehmen und höheren Bildungseinrichtungen und sind wichtige Akteure bei der Verwirklichung des sozialen Zusammenhalts. Die Städte stehen im Mittelpunkt jenes Wandels, für den Innovation, unternehmerische Initiative und Unternehmenswachstum die Grundlage bilden.“* (COM 0385/2006 S. 2)

Daher erwarte ich von der neuen Strategie eine Fortsetzung und Weiterentwicklung der städtischen Dimension.

Städte sind Keimzellen von Wirtschaft und Wissenschaft, soziale Entwicklung ist untrennbar mit städtischer Entwicklung verbunden. Die Menschen wohnen, arbeiten und verbringen ihre Freizeit wieder vermehrt in einem urbanen Umfeld. Die wachsende wirtschaftliche Bedeutung der Stadt für die Wissensgesellschaft und ihre wachsende Attraktivität als Wohn- und Lebensort begünstigen den Trend hin zum Städtischen. Insbesondere hinsichtlich moderner Zeitstrukturen und flexibler Arbeitszeiten sowie einer weiter zurückgehenden Bevölkerungsdichte kann es in den Städten eher als in ländlichen Bereichen gelingen, BewohnerInnen eine gute Infrastruktur zu bieten. Die kurzen Wege, die unterschiedlichsten privaten und öffentlichen Dienstleistungs- und Infrastrukturangebote z.B. für Bildung und

Kinderbetreuung bis hin zu einem vielfältigen kulturellen Programm erleichtern und bereichern den Alltag.

In den dicht bevölkerten Gebieten bestehen oftmals die größten Probleme aber auch die größten Potentiale zur Verbesserung der Verkehrs- und Umweltbelastungen. Hier müssen adäquate Antworten auf den Klimawandel gefunden werden.

Bildungsangebote von der Vorschule bis zur Hochschule manifestieren sich in den Städten, hier gilt es neue kommunale Bildungslandschaften zu schaffen und Bildungsprozesse stärker für die Gesellschaft zu öffnen. Mit der Bewältigung des demografischen Wandels stehen die Gesellschaften vor neuen Herausforderungen, für die im Besonderen die Städte Antworten finden müssen. Unter Berücksichtigung der vielfältigen Aufgaben auf kommunaler Ebene sehe ich die bisherige Praxis, städtische Maßnahmen nicht bei der Zweckbindung der Strukturfonds (entsprechend Art.9 Abs3 der VO 1083/2006) positiv zu berücksichtigen, kritisch und würde eine entsprechende Überprüfung des Anhanges IV der VO 1083/2006 begrüßen.

Die Kommunale Finanzausstattung entspricht bislang nicht diesen Aufgaben, die öffentlichen Haushalte befinden sich vielfach in einer schwierigen Situation. Es gilt daher, die Ressourcen und Finanzierung auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene effizient aufeinander abzustimmen. Vor allem der demografische Wandel und die Finanzknappheit öffentlicher Haushalte werden die Bedeutung der regionalen Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen den Städten und den Umland-Gemeinden erhöhen. Die Stärkung der städtischen Zentren wird die Wettbewerbsposition der Agglomerationen verbessern. Städte werden daher zukünftig in stärkerem Maße zusammenarbeiten müssen – auch über bisherige nationale Grenzen hinweg.

Daher sollte in der kommenden Dekade die Territoriale Dimension neu gewichtet werden. Die Europäische Gemeinschaft ist geprägt durch breite Entwicklungskorridore. Doch neben den großen Metropolen und Achsen darf die regionale Entwicklung nicht übersehen werden. An den früheren Binnengrenzen wächst das Europa der Nationalstaaten zusammen. Hier besteht die Chance, Europa in besonderem Maße erlebbar zu machen und grenzüberschreitende Regionalentwicklung zu betreiben, die den Menschen vor Ort nützt. Die Qualitäten eines sozialen und integrativen Europa müssen sich besonders dort zeigen, wo grenzüberschreitende Arbeitsmärkte bestehen und sich unterschiedliche soziale Sicherungssysteme treffen.

Die europäische Zusammenarbeit ist in unserer Region bereits frühzeitig als Chance erkannt und wahrgenommen worden. Mit dem Zusammenschluss im Verein „Zukunft SaarMoselle Avenir“ haben im Jahre 1997 Gemeinden und Gemeindeverbände aus Deutschland und Frankreich aktiv ihren Willen bekundet, ein wirksames grenzüberschreitendes Städte- und Gemeindegliedernetz zu schaffen. Durch diese Zusammenarbeit wollen die Mitglieder des Vereins ein Europa der BürgerInnen aktiv gestalten, die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität des gesamten Raumes positiv beeinflussen und die Chancen im Wettbewerb der europäischen Regionen verbessern.

Als Präsidentin dieses grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenschlusses möchte ich die positiven Erfahrungen bei der grenzüberschreitenden kommunalen Kooperation betonen. Vom neuen Eurodistrict SaarMoselle, in den der Verein Anfang 2010 überführt und der künftig die Interessen der BürgerInnen aus über 100 deutschen und französischen Kommunen vertreten wird, versprechen sich alle Akteure nicht nur die weitere nachhaltige Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit, sondern eine stärkere Effizienz und höhere Qualität bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben.

Mit dem Instrument des Europäischen Verbunds für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) hat die EU-Kommission ein neues Instrument geschaffen, das erweiterte grenzüberschreitende Kooperationsmöglichkeiten bietet. Auch der neue Eurodistrict SaarMoselle wird auf dieser Basis aufgebaut. Er wird es ermöglichen, unabhängig von Landesgrenzen und abgestimmt auf die Bedürfnisse der Kommunen im Eurodistrict gemeinsame Infrastrukturen zu schaffen. Hierbei reicht das Spektrum von Bildung bis Kultur, von Tourismus bis Wirtschaft, von Umwelt und Energie bis zum Verkehr. Mit dieser Struktur werden wir politisches Neuland beschreiten.

Zukünftig gilt es, diese neuen Strukturen im Rahmen der europäischen Politik weiter zu stärken. Hierin sehe ich eine der Herausforderungen für die Förderkulisse ab 2013. Die bisherige Regionalförderung endete an den Grenzen. Das Programm INTERREG hat in den letzten Förderperioden die grenzüberschreitende Kooperation zwar stark gefördert, hat sich aber aus Sicht der Akteure vor Ort vielfach noch als zu inflexibel und bürokratisch erwiesen. Zu wenige Projekte waren direkt vom Bürger erfahrbar, zu selten lag die Umsetzung auf der lokalen Ebene. Viel zu selten ist es bislang gelungen, grenzüberschreitende Netzwerkarbeit zu implementieren. So war es z.B. bislang nicht möglich, das tri-nationale Städtenetz QuattroPole, in dem sich die Städte Luxemburg (L), Trier (D), Metz (F) und Saarbrücken (D) bereits im Jahr 2000 zusammengeschlossen haben, in das INTERREG-Programm einzubringen.

Neue Instrumente der Kooperation wie der EVTZ leben von der Entwicklung vor Ort, die von den Menschen direkt wahrgenommen wird, d.h. auf der Ebene der Kooperation von Gemeinden und Gemeindeverbänden. Diese Akteure waren bislang noch unzureichend in die Entwicklung und Umsetzung der nationalen und regionalen Förderung eingebunden. Es bedarf daher neuer Förderbedingungen, die das Agieren auf der lokalen Ebene erleichtern und eine weitere Verbesserung der interregionalen Zusammenarbeit ermöglichen. Die Kommunen können und wollen sich dieser Verantwortung stellen. Es gilt daher Möglichkeiten zu entwickeln, die Arbeit in EVTZ finanziell zu unterstützen und inhaltlich zu stärken und die Partnerschaft bei der Projektauswahl und –verwaltung zu verbessern. Denkbar sind hierbei u.a.

- Stärkere Nutzung der Möglichkeiten von Globalbudgets zur Stärkung der Arbeit der EVTZ
- Separate Förderlinien in den nationalen/regionalen Programmen
- Mehr Freiheit bei der Projektauswahl, Stärkung der Eigenverantwortung der lokalen Ebene
- Verlagerung von direkter Programmverantwortung zu den EVTZ
- Beteiligung von EVTZ in den Begleitausschüssen

Ich erwarte mir daher von der neuen Strategie für den Zeitraum bis 2020 neue Impulse für die nachhaltige Entwicklung Europas, in der die lokalen Entwicklungsinitiativen eine größere Rolle als bislang spielen.

Charlotte Britz  
Oberbürgermeisterin  
der Landeshauptstadt Saarbrücken

Saarbrücken, 11. Januar 2010